

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Fraktion DIE LINKE
 Daniel Stassny, Fraktion FREIE
 WÄHLER/FDP/PIRATEN
 Peter Städter, Fraktion FREIE
 WÄHLER/FDP/PIRATEN
 Peter Stampf, Fraktion FREIE
 WÄHLER/FDP/PIRATEN

Titel der Drucksache:

Erfurt wird TTIP-freie Stadt

Drucksache

0651/15

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	27.05.2015	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01

Der Stadtrat beschließt, Erfurt zur TTIP-freien Zone zu erklären.

29.04.2015, gez. i. A. Büchner

Datum, Unterschrift (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

29.04.2015, gez. i. A. Metwally

Datum, Unterschrift (Fraktion DIE LINKE.)

29.04.2015, gez. Stassny (für Einreicher
 FFP)

Datum, Unterschrift (Stadratsmitglied Fraktion FFP)

29.04.2015, gez. Städter

Datum, Unterschrift (Stadratsmitglied Fraktion FFP)

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja → ↓	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2015	2016	2017	2018
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Papier kommunaler Spitzenverbände gegen TTIP

Anlage 2: Beschluss Städtetag zum TTIP etc. am 12.02.14

Anlage 3: Papier Bundesverband öffentl. DL zu TTIP 04-06-14

Die Anlagen liegen in den Fraktionen und im Bereich OB zur Einsichtnahme aus.

Sachverhalt

1. In Anknüpfung an den Beschluss des Stadtrates vom 21.05.2014, "Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP und seine Auswirkungen auf die Kommunale Daseinsvorsorge", (Drucksache 0839/14) bekräftigt der Stadtrat seine hier aufgestellten Forderungen zu den Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), mit der symbolischen Schaffung einer TTIP-freien Zone auf seinem Hoheitsgebiet, da er seine kommunale Organisationsfreiheit für Erfurt nicht beeinträchtigt sehen möchte.
2. Damit folgt die Stadt Erfurt Hunderten von anderen Städten in Deutschland und Europa, die sich auch zur TTIP-freien Kommune bzw. Stadt erklärt haben (Vgl. Landkarte bei <http://www.umweltinstitut.org/themen/verbraucherschutz-ttip/freihandelsabkommen/kommunen-gegen-ttip.html>)
3. Dass die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und insbesondere auch TiSA die Organisationsfreiheit von Kommunen stark gefährden können, erklären auch die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen. „Freihandelsabkommen bergen [...] erhebliche Risiken für Dienstleistungen der

Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. [...] Sollten typische kommunale Dienstleistungen, wie die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, der Öffentliche Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser oder die Kultur Regeln zur Liberalisierung unterworfen werden, würde die derzeit garantierte, umfassende Organisationsentscheidung von Kommunalvertretern durch rein am Wettbewerbsgedanken ausgerichtete einheitliche Verfahren ersetzt.“ (siehe Anlage 1, Seite 1) Das lehnen die Antragsteller ab.

4. Darin werden sie auch vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages unterstützt, der am 12. Februar 2014 in München den Beschluss gefasst hat, „dass die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, vom derzeit mit den USA verhandelten Freihandelsabkommen – und allen weiteren Handelsabkommen – explizit ausgeschlossen wird.“ (siehe Anlage 2, Seite 1)
5. Auch der Bundesverband der öffentlichen Dienstleistungen (bvöd), ein Zusammenschluss von kommunalen und regionalen öffentlichen Unternehmen, Kommunalverbänden, Fach- und Wirtschaftsverbänden der öffentlichen Wirtschaft, von öffentlichen Arbeitgeberverbänden und der öffentlichen Verwaltung, warnt vor „[...] uneingeschränkten Marktzugangsverpflichtungen im TTIP (, die; E.Ä.) den demokratisch legitimierten nationalen und europäischen Rechtsrahmen in Frage (stellt und; E.Ä.) die Organisationshoheit der Gebietskörperschaften und die Vielfalt der Erbringungsformen als Ausdruck des kommunalen Selbstverwaltungsrechts gefährden würden.“ (siehe Anlage 3, Seite 4)
6. Insbesondere die Investitionsschutzregelungen mit Klagerechten von transnationalen Konzernen, vor nicht öffentlichen Schiedsgerichten dienen der prophylaktischen Unterbindung von politischen Entscheidungen zur Verbesserung von Standards im Umwelt-, Verbraucher-, Arbeitnehmerschutz u.a. Bereichen der Daseinsvorsorge und Kultur. Dies lehnt der Erfurter Stadtrat ab.
7. Die beigefügten Anlagen 1-3 sind erläuternder Bestandteil dieses Antrages.